

DIE GESCHICHTE WIEDERHOLT SICH NICHT! SO EINFACH?

Vor nunmehr 45 Jahren stand dem Vorschlag der Partei der Arbeit für eine umfassende AHV im Sinn einer echten Volkspension in der Volksabstimmung das Modell der obligatorischen 2. Säule gegenüber. Nicht nur die traditionellen Fans von privat-egoistischen Lösungen für gesellschaftliche Bedürfnisse legten sich da ins Zeug für das Kapitaldeckungsverfahren der Pensionskassen, sondern auch die sozialdemokratische Linke und die Gewerkschaften liessen sich grossmehrheitlich durch die Renditeversprechen der 2. Säule blenden. Unter diesen Umständen und in einem gesellschaftlichen Klima von sozialpartnerschaftlich geteiltem und gepflegtem Antikommunismus konnte es nicht verwundern, dass die Volkspensions-Initiative der PdA in der Volksabstimmung vom 3. Dezember 1972 keine Chance haben konnte, keine Alternative aufzeigen durfte.

Das Obligatorium für die 2. Säule wurde eingeführt. Und Milliarden über Milliarden von den Lohnbestandteilen der Lohnabhängigen wurden von den Pensionskassen investiert – und dies am lukrativsten in Unternehmen, welche die Ressourcen der ärmsten Länder plündern, in die Produktion von Rüstungs- und Kriegsgütern, in die Mieten treibende Spekulation mit Immobilien. Überflüssig die Frage, wer die Zeche zu bezahlen hat. Ganz einfach Business as usual.

Dann hätten wir es also bei der 2. Säule mit einer echten finanzkapitalistischen Erfolgsstory zu tun? Denkste! Die Rendite auf dem "Zwangsparkapital" der Lohnabhängigen fiel in den Keller. Der Umrechnungssatz für die Renten kennt nur noch eine Richtung: die nach unten. Zig Pensionskassen mussten schon auf dem Buckel der Lohnabhängigen "saniert" werden. Und ein Morgenrot ist unter dem Deckel der

Negativzinsen nicht auszumachen. Die Zeichen stünden gut – für ein Umdenken.

Das "Rentenreformprojekt" von Bundesrat Berset hätte der Linken in diesem Land einen Tritt versetzen können. Es hätte eine gemeinsame solidarische Antwort provozieren können, provozieren müssen. Absenkung des Umwandlungssatzes, Anhebung der Mehrwertsteuer zu Lasten der Konsumentinnen und Konsumenten, Erhöhung des Renteneintrittsalters für Frauen auf 65 Jahre – dafür gibt es einen Begriff: Klassenkampf von oben!

Und was kommt der sozialdemokratischen Linken und grossen Teilen der Gewerkschaften dabei in den Sinn? Kröten schlucken! Peinlich entlarvend kommt da die Kröte der Anhebung des AHV-Alters für Frauen daher. Keinen Biss zu haben für die längst fällige Durchsetzung der in der Verfassung verbrieften Lohngleichheit, aber kläglich einzubrechen beim Angriff auf das Renteneintrittsalter für Frauen – das ist nur noch erbärmlich. Die Unternehmer werden sich dieses Trauerspiel der würgenden Gewerkschaften genüsslich angeschaut haben und sie werden nicht zögern weitere Kotzbrocken nachzuliefern.

Die Geschichte wiederholt sich nicht. Sollte man zumindest glauben. 45 Jahre genügen aber ganz offensichtlich nicht, um den Mythos des so lukrativen wie sicheren Vorsorgemodells der Pensionskassen in den Reihen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften im Ansatz zu entzaubern. Es wird Zeit, dass endlich die Lehren aus dieser traurigen Geschichte gezogen werden. Es wird Zeit für das Projekt einer AHV, das allen ein würdiges und sicheres Leben nach der Pensionierung garantiert. Es ist Zeit für eine echte Volkspension!

GELD FÜR WAFFEN TÖTET!

Am 11. April, dem Lancierungstag der Kriegsgeschäfte-Initiative, hat die Berner Friedensaktivistin Louise Schneider (86) um 8 Uhr morgens vor der Nationalbank einen roten Kreidespray aus ihrem Rucksack ausgepackt und zum ersten Mal in ihrem Leben gesprayed. Grosse rote Lettern prangten bald unter dem Nationalbank-Schriftzug auf der Bauwand vor dem Gebäude: "GELD FÜR WAFFEN TÖTET". Während Louise sprayte – der Moment war nahezu magisch – schauten wir anwesenden GSoA-SekretärInnen uns an und wussten: ihre Aktion ist schlicht grossartig. Und sie wird Wellen schlagen. Am Abend haben dann sogar internationale Medien über das "Sprayer-Grosi" berichtet. Wir waren alle überwältigt.

Louise setzte mit ihrer Aktion ein Zeichen für mehr Frieden, mehr Neutralität und mehr Menschlichkeit auf dem Schweizer Finanzplatz. Dass die Aktion auf den Lancierungstag der Initiative fiel, ist nicht zufällig – Louise ist langjähriges GSoA-Mitglied.

Am 2. April beschloss die Vollversammlung der GSoA die Lancierung der Kriegsgeschäfte-Initiative einstimmig. Am selben Tag wurde in der NZZ am Sonntag veröffentlicht, dass die Schweizer Nationalbank (SNB) 2016 800 Millionen Franken in US-Hersteller von Nuklearwaffen investierte. Und damit nicht genug: Die beiden Grossbanken Credit Suisse und UBS waren 2015 mit 1 bzw. 5,6 Milliarden Franken an Produzenten von nuklearen Rüstungsgütern beteiligt. Bei den Pensionskassen müssen wir von Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten zwischen 4 und 12 Milliarden Franken pro Jahr ausgehen.

Übrigens: Vom völkerrechtswidrigen Angriff der USA auf Syrien mit den Tomahawk-Raketen der Firma Raytheon profitierte auch die SNB. Laut Radio Télévision Suisse (RTS) stiegen die Aktien-Anteile der SNB an Raytheon in der Nacht nach dem Angriff um 4 Millionen auf 145 Millionen Franken.

Mit der Volksinitiative "Für ein Verbot der Finanzierung an Kriegsmaterialproduzenten", kurz Kriegsgeschäfte-Initiative, soll diesen Investitionen nun ein Riegel geschoben werden. Die Initiative will, dass die Schweiz ihren Beitrag zu einer friedlichen

Welt leistet und sicherheitspolitisch Verantwortung übernimmt. Investitionen in Firmen, die Kriegsmaterial herstellen, sollen mit der Initiative verhindert werden. Damit würde die Schweiz auch einen essentiellen Beitrag zur Lösung der unmenschlichen Fluchtsituation leisten, denn auch wenn viel über dieses Thema gesprochen wird, die Ursachen bekämpfen will offensichtlich niemand. Wenn den Rüstungskonzernen, die mit ihren Produkten die Konflikte auf der ganzen Welt anheizen und grosse Teile der Zivilbevölkerung zur Flucht zwingen, der Geldhahn zudreht wird, ist dies ein wichtiger Schritt zur Entschärfung dieses unhaltbaren Zustandes. Getragen wird die Initiative von der GSoA, den jungen Grünen und einem Bündnis von 37 weiteren Organisationen, zu dem auch die PdA Schweiz gehört.

Nach ersten Sammelerfahrungen dürfen wir die Prognose wagen, dass die Initiative bei der Bevölkerung sehr gut ankommt: In den ersten 24 Stunden konnten wir dank zahlreichen motivierten AktivistInnen und der online-Sammelplattform wecollect bereits knapp 10000 Unterschriften zählen. Die Tatsache, dass es unser aller Geld ist, das in die Rüstungsindustrie fliesst, scheint aufzurütteln.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Louise bedanken – nicht nur für ihre wundervolle Spray-Aktion. Ich möchte mich bei ihr bedanken, dass sie nach so vielen Jahren Aktivismus kein bisschen leiser geworden ist und für ihre pazifistische Überzeugung mit Herz und Blut weiterkämpft.

Weitere Informationen zur Kriegsgeschäfte-Initiative: www.kriegsgeschaefte.ch

Judith Schmid, PdA-Stadträtin Biel, politische Sekretärin GSoA



DIE GÖTTLICHE ORDNUNG

Beim Frauenstimmrecht waren wir erfolgreich! Und heute? Wie steht es um die Gleichberechtigung?

In letzter Zeit ist ein feministischer Aufbruch zu beobachten: Es gab in den USA grosse Anti-Trump-Proteste, die von einem Frauenbündnis initiiert wurden, und auch in Zürich gingen mehr als 10'000 Bewegte für den Frauenmarsch auf die Strasse. In Polen konnten Proteste von Frauen eine Verschärfung des Abtreibungsrechtes verhindern.

Der Film "Die göttliche Ordnung", in dem die Geschichte des Frauenstimmrechts in der Schweiz anhand von fiktionalen Charakteren mit realen Vorbildern dargestellt wird, hat uns an unsere Geschichte erinnert. Er hat vorgeführt, welche Art der Zivilcourage es braucht, Frauenanliegen durchzusetzen: Die alten Muster aussetzen, für die eigenen Überzeugungen hinstehen, sich durch Unsicherheit und (angedrohte) Gewalt nicht entmutigen lassen und protestieren.

Auch Präsident Trump hat uns mit seinem Frauenbild (An die "Pussy" fassen, Frauen nach ihrem Äusseren in Kategorien einteilen) gezeigt, dass es noch nicht so lange her ist, dass Frauen über ihren Körper und ihr Leben auch hier in der Schweiz nicht selbst bestimmen konnten. Und das wirkt immer noch in Schönheitsidealen und anderen körperlichen und geistigen Anforderungen an uns Frauen nach, obwohl die Gleichberechtigung bei uns in der Verfassung steht. Häufig drückt sich das auch in Gewaltandrohungen und -anwendungen aus, von denen Frauen im öffentlichen Raum übermässig betroffen sind. Vor allem dann, wenn sie sich nicht an die auferlegten Regeln halten wollen.

Ernst genommen werden

Die Aktion #Aufschrei auf Twitter hat uns ermahnt, wie verbreitet sexuelle Belästigung in jedem Lebensbereich ist. Die Belästigung schlägt häufig in Gewalt um. Zahlen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur häuslichen Gewalt zeigen, dass die meist männliche Gewalt weltweit die höchste Todesursache für Frauen zwischen 16 und 44 Jahren ist. In der Schweiz werden jährlich 25 bis 35 Frauen durch ihren Ehemann oder Partner umgebracht. Jede zehnte

Frau in der Schweiz ist von psychischer, körperlicher oder sexueller Gewalt ihres Ehemannes oder Partners betroffen.¹ Das sind die Extrembeispiele, die unserer Meinung nach aber die strukturelle Gewalt² zeigen, die gegenüber Frauen ausgeübt wird. Die strukturelle Gewalt führt dazu, dass die reale Selbstverwirklichung der Frauen hinter der in unserer Gesellschaft möglichen Selbstverwirklichung zurückbleibt. Die Gewalt drückt sich nicht immer in diesem extremen Ausmass aus, sie kann sich auch harmloser in sexistischen Witzen, Bemerkungen über das Äussere einer Frau oder darin ausdrücken, dass sich die Männer in Gesprächsrunden immer nur auf Männer beziehen und die Aussagen von Frauen weniger ernst genommen werden. Trotzdem zeigen auch die harmlosen Beispiele die gesellschaftlich verbreitete Haltung an, die dazu führt, dass Frauen mehr mit Unsicherheit zu kämpfen haben und sich mehr fragen müssen, wer sie sind.

Lohnungleichheit

Ein Bereich der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern ist die Lohnungleichheit. Hier reden wir von bis zu 18% Unterschied zwischen den Löhnen von Männern und Frauen. Häufig werden Berufe, in denen viele Frauen arbeiten, schlechter bezahlt. Es lässt sich sogar feststellen, dass der Lohn sinkt, wenn mehr Frauen einen Beruf ergreifen, der vorher von Männern dominiert war, wie z. B. bei Primarschullehrerinnen. Wenn man Bildungsniveau, Alter, Beruf, Unternehmenszugehörigkeit und andere Faktoren vom 18% Lohnunterschied ausklammert, dann bleiben noch "unerklärliche" 42 Prozent der Lohndifferenz, die man dann als "reine" Diskriminierung betrachten kann.³

Unbezahlte Arbeit

Wir müssen aber über die Lohnungleichheit hinausdenken, denn die Gründe für die Ungleichheit der Geschlechter und auch für Ungleichheit anderer Art (sexuelle Orientierung, Rassismus, Klassendiskriminierung und Behinderung), die wir nicht ausklammern wollen, liegen tiefer. Diese Gesellschaft honoriert die existenziellen Aufgaben wie Kinder- und Altenbetreuung, Behinderten- und Krankenbetreuung nicht. Und das, obwohl diese doch die Grundlage des Lebens überhaupt sind. Wenn diese Tätigkeiten überhaupt bezahlt sind, dann sind sie schlecht bezahlt. Neben der vielen Gratisarbeit, die Frauen für das Wohl von anderen leisten, arbeiten sie in diesen Jobs, bei denen sie systematischen Stress

erleben, sich überarbeiten und davon nur knapp leben können. Wieso ist die Arbeit einer Krankenpflegerin eigentlich so wenig wert für die Gesellschaft?

Es ist eine Frage des Willens

In vielen Bereichen unseres Zusammenlebens ist der Fokus auf das Grundlegende verloren gegangen. Es wird Druck auf die Frauen ausgeübt, dass sie eine Familie gründen sollen, aber die Gesellschaft bietet nur unzureichende Rahmenbedingungen dafür. Die Fortpflanzung ist eine Frage der (finanziellen) Ressourcen. Es wird behauptet, dass für diese existenziellen Dinge kein Geld vorhanden sei. Kein Geld dafür zu haben, ist aber eine politische Entscheidung. Man bekommt den Eindruck, die Politik ergebe sich vorgeschobenen (finanziellen) Sachzwängen, um sich dieser Realität nicht zu stellen. Eine politische Umwertung wäre notwendig, denn meistens zahlen wir Frauen den Preis dafür in Form von schlechten Löhnen, emotionaler und anderer Arbeit und mit einer schlechten Altersrente.

Die AHV-Reform – Teilzeitarbeit

Es ist bezeichnend, dass wir Frauen mit einer längeren Lebensarbeitszeit den Preis für die neuste Reform der Rente bezahlen sollen. Und dies, obwohl die Politik es nicht schafft, die in der Verfassung verankerte Lohngleichheit mit anständigen Kontrollen durchzusetzen. Das erinnert doch wieder an das vielverwendete Symbol der Frauenbewegung, die Schnecke. Nichts geht voran, es geht eher wieder in die andere Richtung. Überall wird gespart! Man setzt die Umwandlungssätze der Pensionskasse von 6,8 auf 6% herunter. Auch hier zahlen die Frauen, wie sie das sowieso tun, weil sie in die Pensionskasse weniger Geld einzahlen können. Wir Frauen haben in der Schweiz noch andere Dinge zu erledigen als ein ganzes Leben lang 100% Lohnarbeit zu leisten. Auch unterstützen uns die Männer nur wenig nach der Gründung einer Familie. Das könnten sie, wenn sie ihr Arbeitspensum reduzieren würden. Obwohl die Mehrheit der Männer vor der Gründung einer Familie die Familien- und die Lohnarbeit gerecht unter den Geschlechtern aufteilen möchten, machen es danach nur noch wenige. Deswegen arbeiten viele Frauen Teilzeit, was sich auf ihre Gesundheit, ihre Karriere, auf die Höhe ihres Lohnes und auf ihre Rente auswirkt.

Prostitution

Jeder fünfte Mann zwischen 20 und 65 Jahren

geht mindestens einmal im Jahr zu einer Prostituierten.⁴ Der landesweite Umsatz mit Prostitution beträgt in der Schweiz ca. 3.5 Milliarden Franken im Jahr.⁵ Frauen hingegen kaufen sehr selten sexuelle Dienstleistungen. Wir wollen die Frauen im Sexgewerbe nicht wieder in die Illegalität treiben. Ihre Arbeit muss als Arbeit anerkannt sein. Doch sagen diese Zahlen sehr viel aus über die Tabuisierung von Sexualität, die Vereinsamung und insbesondere über das Geschlechterverhältnis aus, denn wir Frauen hören selten, wer aus unserem Bekanntenkreis sich seinen Sex kauft. In Deutschland hat die Legalisierung der Sexarbeit dazu geführt, dass Deutschland als das grösste Bordell Europas gilt. Mit dabei sind alle Begleiterscheinungen wie Flat-Tax-Sex und Frauenhandel. Man muss differenziert an diese Frage herangehen, muss aber auch fragen dürfen, welche Nachteile sich für eine Gesellschaft und die betroffenen Frauen und Männer aus dieser Politik ergeben haben. Mehr als 75 Prozent der Frauen im Sexgewerbe in der Schweiz sind Migrantinnen. Das eröffnet für uns darüber hinaus weitere Fragestellungen der Gerechtigkeit und Ausbeutung.

Männeremanzipation

Wir glauben, dass sich nicht nur wir, sondern auch die Männer sich emanzipieren müssen. Auch sie stecken in mehr oder weniger fixen Geschlechterbildern fest. Es ist ja auch kein Wunder. Die Schweiz ist bei emanzipatorischen Projekten immer um Jahre hintendrin. Aber es gibt neue Männerbewegungen wie Männer.ch, mit denen wir eine Zusammenarbeit nicht ausschliessen wollen, wenn es der Sache hilft.

Wir sind Frauen der PDA Bern und wollen diesen Aufbruch nicht versanden lassen. Zusammen mit euch wollen wir die aktuellen Probleme von Frauen in der Schweiz noch besser recherchieren und herausfinden, wie wir sie in Aktionen und in der Politik angehen können.

Wir gründen ein Frauen-Aktionskomitee (FAK)!
Seid ihr dabei?

Dann schreibt eine E-Mail an die PDA Bern
(mail@pdabern.ch) mit dem Stichwort FAK!

1 <http://stiftung-gegen-gewalt.ch>

2 https://de.wikipedia.org/wiki/Strukturelle_Gewalt

3 http://www.buerobass.ch/pdf/2017/BFS_2017_LohnanalysenLSE2014.pdf

4 <http://www.aargauerzeitung.ch>

5 <http://www.feel-ok.ch>

**HÄNDE WEG VON
MEINER RENTE!**



**UNTERSCHREIB DAS REFERENDUM
GEGEN DIE AHV-REFORM AUF: PDA.CH**



ARMUT LÄSST SICH NICHT WEGSPAREN!

Die reichsten 10 Prozent der Schweizer Bevölkerung besitzen 85 Prozent des gesamten Vermögens. Und wir sollen bei den ärmsten 3.2 Prozent in der Sozialhilfe sparen? Da läuft etwas VERKEHRT!

KUNDGEBUNG

Home / Kundgebung

Datum: Dienstag, 6. Juni 2017

Zeit: 16:00 Uhr

Ort: Rathausplatz Bern

Wir wollen gemeinsam gegen die angekündigten neuen Verschärfungen des Sozialhilfegesetzes SHG des Kantons Bern auf dem Rathausplatz Bern unseren Unmut kundtun. Am ersten Tag der Junisession 2017 sollen die Grossräte und Grossrätinnen, welche über die Revision des Sozialhilfegesetzes debattieren, mit Transparenten empfangen werden. Die Kundgebung ist bewilligt.

Was wollen wir?

Unser Ziel ist es, dass Armutsbetroffene, Sozialarbeitende und Solidarisierende am Dienstag, 6. Juni 2017 um 16:00 Uhr an einer bewilligten Kundgebung auf dem Rathausplatz in Bern ihren Unmut gegen die weiteren Verschärfungen des Sozialhilfegesetzes SHG des Kantons Bern kundtun. Mit Fakten statt Vorurteilen soll dem öffentlichen negativen Bild der Sozialhilfe entgegengewirkt und die Diskussion darüber auf eine sachliche Ebene gebracht werden. Es soll eine Debatte darüber lanciert werden, wie Armut und Ungleichheit gesellschaftlich produziert und welche Antworten darauf gegeben werden. Wir wollen möglichst viele Armutsbetroffene, Sozialarbeitende und Menschen, welche die Sparpolitik in der Sozialhilfe als verkehrt erachten, zum mitmachen gewinnen.

Lasst uns nicht länger zuschauen, wie auf dem Buckel der Ärmsten gespart wird während die Reichsten immer reicher werden!

Was läuft verkehrt?

Die reichsten 10 Prozent der Schweizer Bevölkerung besitzen 85 Prozent des Gesamtvermögens. Obwohl im Kanton Bern die Sozialhilfegelder bereits unter den national als verbindlich anerkannten SKOS-Richtlinien liegen, soll nun erneut bei den ärmsten 3.2 Prozent der Bevölkerung gespart werden. Das Geld ist vorhanden, es ist nur nicht gerecht verteilt. Letztendlich stellt sich die Frage, ob wir vor den Ängsten vor Standortkonkurrenz und Steuerwettbewerb kapitulieren oder ob wir trotz Systemzwänge für eine solidarische Gesellschaft eintreten wollen. Wir sind der Meinung, der Wohlstand einer Gesellschaft misst sich am Wohl der Schwächsten. Oder wie Mani Matter es ausgedrückt hat: "Dene vos guet geit giengs besser, giengs dene besser, vos weniger guet geit."

Videos auf der webseite "verkehrt.ch" veranschaulicht auf beeindruckende und kreative Weise, was alles verkehrt läuft:

Wieso läuft es verkehrt?

Die neoliberale Logik führt dazu, dass der Konkurrenzdruck steigt, Steuersenkungen umgesetzt und Leistungen gekürzt werden sowie Privatisierungen stattfinden. Dadurch entsteht ein Druck auf das Sozialsystem. Gelder werden anders verteilt und fehlen somit scheinbar. Der Ruf nach Aktivierung

und Standardisierungen wird grösser. Den betroffenen Menschen wird die Schuld an ihrer Situation gegeben. Dabei liegen die Ursachen für Armut grösstenteils in strukturellen Faktoren. Dennoch werden nicht diese Strukturen geändert, sondern es wird versucht die Menschen durch Aktivierung zu integrieren. Es wird so getan, als würde der Mensch nur tätig wenn man ihm negative Konsequenzen (Sanktionen) androht. Dadurch werden Armutsbetroffene stigmatisiert und diskriminiert. An den Ursachen der Armut ändert dies gar nichts.

text und bild: verkehrt.ch

ES GIBT ALSO KEINE GUTE UND SCHLECHTE RELIGION

Wortmeldung von Daniel Egloff (PdA) im Berner Stadtrat (6. April 2017) zur Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): 'In der Schweiz gibt es keinen Rechtsanspruch auf die Verteilung des Korans'

Religion hat historisch schon immer dazu gedient, Herrschaft zu legitimieren, von Problemen abzulenken und die Menschen in eine gewünschte Richtung zu steuern. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, welche Religion es ist. Je nach Aktualität haben religiöse Führer zu Frieden aufgerufen (wenn sie sich ihrer Herrschaft sicher waren) oder zu Gewalt gegen Andersgläubige (um sich ihre Herrschaft zu sichern). Dies betrifft praktisch jede Religion und entspricht auch ihrer Funktion als Herrschaftsinstrument. Als Beispiel sei hier der von vielen als friedliebende Religion betrachtete Buddhismus genannt. So hat im Jahr 1930 der 13. Dalai-Lama China den Krieg erklärt und seine Truppen in China einmarschieren lassen, unter anderem begründet mit religiösen Differenzen. Oder man denke an die prügelnden und hetzenden Mönche in Myanmar! Oder als weiteres Beispiel möchte ich auch Stellen in der Bibel zitieren: "Wenn jemand einen widerspenstigen und ungehorsamen Sohn hat, der der Stimme seines Vaters und seiner Mutter nicht gehorcht und auch, wenn sie ihn züchtigen, ihnen

nicht gehorchen will, so sollen ihn Vater und Mutter ergreifen und zu den Ältesten der Stadt führen und zu dem Tor des Ortes und zu den Ältesten der Stadt sagen: Dieser unser Sohn ist widerspenstig und ungehorsam und gehorcht unserer Stimme nicht und ist ein Prasser und Trunkenbold. So sollen ihn steinigen alle Leute seiner Stadt, dass er sterbe, ..." (5. Mose 21, 18-21)

Und in 5. Mose 22, 23-24 steht: "Wenn eine Jungfrau verlobt ist und ein Mann trifft sie innerhalb der Stadt und wohnt ihr bei, so sollt ihr sie alle beide zum Stadttor hinausführen und sollt sie beide steinigen, dass sie sterben, die Jungfrau, weil sie nicht geschrien hat, obwohl sie doch in der Stadt war, den Mann, weil er seines Nächsten Braut geschändet hat..."

Es gibt also keine gute und schlechte Religion, sondern es gibt nur Menschen, die mithilfe der Religion Macht ausüben und Menschen zu manipulieren versuchen. In dem Fall müsste, wenn schon, das Verteilen von jeglichen religiösen Texten verboten werden. Nun, ich nehme an, das will niemand hier und so soll jeder frei sein darin, auf der Strasse seine Meinung kund zu tun.

Was bezweckt jedoch die SVP mit diesen diskriminierenden Vorstössen? Genau das, wofür Religion schon immer benutzt wurde: Die Menschen in eine gute und eine schlechte Gruppe einzuteilen, um ein Wir-Gefühl der zur "guten" Gruppe Gehörenden zu entwickeln. Damit soll vor allem von den bestehenden gesellschaftlichen Zuständen und von den Problemen des vorherrschenden Systems abgelenkt werden! - Was hilft dagegen: Nur die Überwindung des Kapitalismus bietet die Chance, dass Menschen nicht mehr in die Fänge von reaktionären Kreisen geraten, wie islamischen Extremisten oder Nationalisten.

Anmerkung: Die Motion wurde klar abgelehnt.

Impressum:

PdA Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern
www.pdabern.ch / mail@pdabern.ch
Kontonummer 30-26786-9